Tägliche Omaha Tribüne

TRIBUNE PUBLISHING CO.—VAL. J. PETER, Pres.

1307-09 Howard St. Phone: Tyler 340. Omaha, Neb.
Des Moines, Iowa, Branch Office: 414—6th Ave.

Preis des Tageblatts: Durch den Träger, per Woche 12½ Cents; durch die Post, bei Vorausbezahlung, per Jahr $6.00; sechs Monate $3.00; drei Monate $1.50.
Preis des Wochenblatts bei Vorausbezahlung $2.00 das Jahr.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Nebr., Donnerstag, den 19. Februar 1920

Ein modernes politisches Programm

Der kommende nationale Wahlkampf wird für die künftige innere und äußere Politik unseres Landes, sowie für dessen wirtschaftliche und soziale Entwicklung auf Jahre, vielleicht auf Generationen, hinaus bestimmend sein. Die beiden alten Parteien haben sich überlebt und werden notgedrungen, um sich überhaupt bestand- und lebensfähig zu erhalten, sich zu einem Verjüngungsprozeß an Haupt und Gliedern bequemen, wurmstichige Ueberlieferung und den Schlendrian der Phrase, der es noch stets, bei beiden Parteien, an folgerichtiger Erfüllung gefehlt hat, über Bord werfen und zu den unser Volk, wie die ganze Welt, bewegenden wichtigen Zeitfragen entschieden und entschlossen Stellung nehmen müssen. Dafür wird schon die Rücksicht auf die unabhängigen Stimmgeber, deren Zahl die mit den Parteiorganisationen durch Dick und Dünn gehende Gefolgschaft bereits jetzt übersteigt, sie zwingen, wenn sie nicht selbst sich das Todesurteil sprechen wollen. Welche Forderungen aber die unabhängigen und fortschrittlichen Wähler, die zum eigenen Nachdenken über die zur Gesundung von Land und Volk unerläßlichen politischen und wirtschaftlichen Reformen herangereiften Stimmgeber, erheben werden, dafür hat die New Yorker Zeitschrift „The Nation" in ihrer letzten Nummer bedeutsame Richtlinien aufgestellt, mit denen sich jeder urteilsfähige Freund des Fortschritts, jeder Gegner einer Stagnation und rückschrittlichen Entwicklung unseres öffentlichen Lebens im großen und ganzen einverstanden erklären wird. Die Ausführungen der „Nation" gipfeln in folgenden Sätzen:

Was verlangen heute die unabhängigen und fortschrittlichen Stimmgeber des Landes von der Partei, deren Kandidaten sie unterstützen sollen? In allererster Linie fordern sie einen sofortigen und gerechten Frieden mit Deutschland — einen Frieden, der nicht nur den Kriegszustand beendigt und normale Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder herstellt, sondern auch die Grundsätze der Menschlichkeit und des ehrenhaften Verhaltens verkörpert, die von Wilson, sowohl vor wie nach Eintritt der Ver. Staaten in den Krieg, wiederholt verkündet worden sind. Die Partei, die den Versailler Vertrag, wie ihn Wilson unterzeichnete, oder selbst mit den vorgeschlagenen Vorbehalten unterzeichnet, wird sich einen Mühlstein um den Hals hängen.

Ferner wünschen die unabhängigen und fortschrittlichen Wähler einen echt demokratischen Völkerbund, einen Bund, in welchem Nationen der Welt sich beratend zur Aufrechterhaltung des Friedens und zur Förderung ihrer gegenseitigen Interessen zusammentun, in dem aber große Nationen nicht das Recht haben, kleine Nationen zu schulmeistern, und Militarismus wie Navalismus, Offensiv- und Defensivbündnisse, sowie wechselseitige Verpflichtung, zu den Waffen zu greifen, ausgemerzt sind. Hand in Hand damit sollte eine freimütige Verwerfung aller Geheimdiplomatie und die Forderung einer Politik der „offenen Tür" überall im Auslandhandel gehen.

Nicht weniger klar ist die Lage in Bezug auf gewisse innere Fragen. Der Gedanke des Landes richtet sich unzweifelhaft stark nach der Richtung der Nationalisierung des Verkehrswesens, der Bergwerke, Wälder, Wasserwerke und anderer natürlicher Hilfsquellen oder Monopole; und wenn auch bestehende Eigentumsrechte geachtet werden sollen, so wird doch die Partei, welche die Nationalisierung grundsätzlich bekämpft, dem unabhängigen Votum absolut nicht zusagen. Weise wird auch die Partei handeln, die sich zur prompten Bezahlung der Schulden, zur Einrichtung eines Budgetsystems, zu durchgreifender Sparsamkeit in öffentlichen Ausgaben, drastischer Beschneidung der militärischen und Flotten-Ausgaben, sowie zur Reform eines Bank- und Umlaufsmittelsystems verpflichtet, unter dem eine Bundes-Reservebank imstande ist, in einem einzigen Jahre einen Gewinn von 130 Prozent aufzuweisen. Es sollte auch keiner besonderen Erwähnung bedürfen, daß irgendeine amerikanische politische Partei, die, angesichts mächtig angeschwollener Vermögen und ungeheurer Geschäftsprofite, die Unterstützung unabhängiger Wähler zu erhalten hofft, auf Freihandel bestehen wird.

Es bleiben nun noch zwei Fragen, die, von welchem Gesichtspunkt man sie auch betrachten mag, heute von überragender Bedeutung sind. Die erste ist die Frage der Freiheit. Dank einer autokratischen Bundesverwaltung, für die kaum eine Parallele gefunden werden kann, es sei denn in den absoluten Monarchien des alten Regimes, sind heute persönliche und politische Freiheit überall in den Ver. Staaten in Gefahr. Die willkürlichen Verhaftungen von Einzelpersonen auf Grund aufgebauschter Anklagen, die Sprengung oder Ueberwachung politischer Versammlungen, die Zensur der Post und der Presse, die Aufrechterhaltung einer Armee von Bundes-Spionen und -Geheimagenten, die Amtsenthebung recht- und gesetzmäßig gewählter Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, die von der Regierung mit dem Bann belegt worden ist — alle diese Dinge haben einen Punkt erreicht, wo nur noch wenig nötig ist, um eine Revolution heraufzubeschwören. Diejenige Partei, die nicht ganz unzweideutig diese Verbrechen gegen die Verfassung verurteilt und die sofortige Wiederherstellung freier Rede, freien Versammlungsrechtes und einer freien Presse fordert, ist der Unterstützung irgendeines ehrlichen Amerikaners unwürdig.

Die andere Frage ist die Bundesverfassung. Es herrscht ein weitverbreitetes, sich schnell zu einer Ueberzeugung auswachsendes Gefühl, daß die Verfassung, trotz der Vorzüglichkeit mancher ihrer Bestimmungen, in wichtigen Beziehungen Aenderungen benötigt; daß das starre Regierungssystem, das sie verkörpert, tatsächlich geradezu einige der Uebel fördert, an denen das Volk jetzt leidet, und die Volksvertreter instand setzt, sich in autokratischer Machtstellung zu verschanzen und des Volkes Willen zu schanden zu machen; und daß eine Bundeskonvention, wie sie die Verfassung selbst vorsieht, vom Kongreß einberufen werden sollte, um die Verfassung zu revidieren und sie den gegenwärtigen Bedürfnissen anzupassen. Die Partei, die eine solche Forderung in ihre Platform einschließt, wird unabhängige und fortschrittliche Stimmgeber in allen Teilen des Landes um ihr Banner scharen.

Rede- und Presse-Freiheit.

Man sollte es nicht für möglich halten, es ist aber Tatsache, daß große und angesehene Zeitungen und Zeitschriften unseres Landes zur Zeit einen ganz unglaublichen Quatsch und Unsinn darüber zusammenschreiben, über Rede- und Pressefreiheit nämlich.

Und doch ist die Sache so einfach und so klar, daß sie in wenige Worte zusammengefaßt werden kann.

Rede- und Preßfreiheit ist dem Volke der Ver. Staaten gewährleistet.

Sind ihr Schranken gesetzt?

Ja. Doch nur natürliche und selbstverständliche Schranken. Diese sind:

Erstens: Niemand darf einen anderen durch Wort oder Schrift verleumden oder beleidigen. Daher unsere Gesetze gegen Verleumdung.

Zweitens: Niemand darf andere durch Wort oder Schrift dazu antreiben, ein Verbrechen oder überhaupt eine ungesetzliche Handlung zu begehen.

Gesetzgebung bezüglich des von der Verfassung gewährleisteten Rechtes muß sich daher auf die erwähnten beiden Punkte beschränken.

Ein praktisches Beispiel:

Es wird zur Zeit hier sehr viel von „Bolschewismus" und den „Bolschewisten" gesprochen, ohne daß die meisten diese Worte gebrauchenden Leute wissen, was sie bedeuten. Die Bolschewiki haben zur Zeit die Regierung in Rußland in Händen und haben sie zu einer Sowietregierung gemacht und den Kommunismus eingeführt.

Nach der durch unsere Verfassung gewährleisteten Rede- und Pressefreiheit sollte es nun jedermann hierzulande gestattet sein, sich nicht nur zum Kommunismus und zum Prinzip einer Sowietregierung zu bekennen, sondern auch Propaganda zu machen für deren Einführung in den Ver. Staaten, solange er sich dabei auf Wort und Schrift beschränkt und keine Gewaltakte gebraucht, sowie auch andere nicht durch Wort und Schrift zu Gewaltakten, das heißt verbrecherischen oder gesetzlosen Handlungen aufhetzt.

Klar wie Kloßbrühe, nicht wahr?

Der Bolschewist darf ebensowohl wie der Prohibitionist es getan hat, auf gesetzlichem und friedlichem Wege, also durch Wort und Schrift, eine Aenderung unserer Verfassung anstreben, bis er eine Mehrheit der Stimmgeber davon überzeugt hat, daß auch die Ver. Staaten nur durch Kommunismus und eine Sowiet-Regierung zu irdischem Heile geführt werden können.

Ueberhaupt: wer wagt es, dem freien Amerikaner sein heiliges angestammtes Recht vorzuenthalten, sich so lächerlich zu machen, wie es ihm paßt?

Es muß daher z. B. auch jedem gestattet sein, sogar für Anarchismus, „horrible dictu", eine (friedliche) Lanze zu brechen.

Unübertroffener Geldsendungs-Dienst!

Wir senden kleine oder große Beträge zu den niedrigsten Tagesraten per Post oder Kabel nach irgend einem Orte in

Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slovakia, Jugo-Slavia, Polen, Rumänien, und andere europäische Länder.

Wir legen Geld für Sie an in den größten Banken Deutschland's, wie die Deutsche Bank oder Dresdener Bank, oder stellen Geld für Sie auf die zahlreichen sicheren deutschen Sparkassen.

Wir offerieren 4-prozentige Anleihen der großen deutschen Städte, zu äußerst gewinnbringenden Preisen.

Alle Anfragen, die an uns in irgend einer europäischen Sprache gerichtet werden, werden prompt beantwortet, und Aufklärungen bereitwilligst erteilt.

Wir sind Agenten für europäische Dampfschifffahrts-Gesellschaften und geben Auskunft über Reise-Pässe und Permits.

INTERNATIONAL EXCHANGE

Ausländisches Wechsel- und Schiffskarten-Bureau in Verbindung mit dieser Zeitung.

1307 Howard Str., Omaha, Nebraska. — Telephon: Tylor 340.

Der Sohn der Hagar.

Roman von Paul Keller.

(19. Fortsetzung.)

Gottlieb ging durch die Stube und blieb vor der Frau stehen. In seine gutmütigen Augen trat der Haß.

„Nu ja, ja — kündigen! Da muß a dann am 1. April gehen. Da kann a mir gerade noch räumen helfen."

„Räumen? Dir? Willst du denn ausziehen?"

„Ja! Zum April bin ich 70, da krieg ich meine Altersrente, a paar Pfennige hab' ich mir erspart, Nachtwächter und Totengräber kann ich ja bleiben, na da wird's schon gehen. Ich werd' amal a alten Hellmich fragen, ob der nicht a Stübel für mich übrig hat."

„Gottlieb!"

„Warum schrei'n Sie denn so, Frau Hartmann? Warum soll ich denn nich zu a alten Helmichleuten zieh'n? Das sind die bravsten Leute im ganzen Dorfe."

„Zu den — gerade zu den —"

Gottliebs Gesicht wurde bitter ernst.

„Haben sie Ihnen was getan, Frau Hartmann? Ich glaube nich. Eher sind Sie ihn' was schuldig — die Tochter."

„Gottlieb, das verbitt ich mir! Sollt' ich's — sollt' ich's etwa damals dulden, daß so a freches Frauenzimmer im Hause —"

„Ruhig!"

Der Alte brüllte plötzlich auf und hob die Hand hoch. Aber er beruhigte sich schnell.

„Schimpfen Sie ruhig — Sie schimpfen ja immer! Aber was Sie wollte hinaus, wäre ihr bald [illegible] Sie kyrana vom Stühle auf und [illegible] mich mehr hör'n."